S 25 SF 308/18 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Köln
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	25
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 25 SF 308/18 E
Datum	25.07.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Erinnerung gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss vom 07.11.2018 wird zur¼ckgewiesen. Kosten f¼r das Erinnerungsverfahren sind nicht zu erstatten.

Gr¼nde:

Die nach [Å§ 197 Abs. 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte Erinnerung ist zul¼ssig, aber unbegr¼ndet. Der Urkundsbeamte der Gesch¼ftsstelle hat zu Recht die im Kostenfestsetzungsantrag vom 30.06.2018 in Ansatz gebrachte Erledigungsgeb¼hr nach VV 1006 RVG nicht festgesetzt und daher Kosten festgesetzt iHv insgesamt 945,51 Euro. Zur Begr¼ndung und Vermeidung von Wiederholungen wird vollumf¼nglich auf die Gr¼nde des Beschlusses vom 07.11.2018 Bezug genommen. Eine Erledigungsgeb¼hr ist nicht abzurechnen, diese in Verfahren nach [Å§ 183 SGG](#) nur anzusetzen ist, wenn sich die Rechtssache ganz oder teilweise erledigt und hierf¼r ein zus¼tzliches, Åber die allgemeine Prozessf¼hrung hinausgehendes, auf die unstreitige Erledigung gerichtetes anwaltliches Handeln zumindest mit urs¼chlich gewesen ist (LSG NRW, Beschl¼sse vom 18.07.2014, [L 20 SO 173/14 B](#) m.w.N. und vom 23.07.2014 â L 20 SO 444/12 B; LSG NRW, Beschluss vom 06.07.2012, [L 19 AS 766/12 B](#)), wobei die Abgabe einer verfahrensbeendenden Erledigungserkl¼rung allein nicht gen¼gt

(BSG, Urteile vom 09.12.2010, [B 13 R 63/09 R](#) und vom 05.05.2009, [B 13 R 137/08 R](#)). Ein in diesem Sinne zusätzliches Handeln ist vorliegend nicht festzustellen. Die Beklagte hat im Termin am 19.04.2018 ein Anerkenntnis abgegeben und die Klägerin hat dieses angenommen. Soweit der Klägerbevollmächtigte vorträgt, Grund für die Erledigung des Rechtsstreits sei eine "Gesamterledigung" gewesen, die den Rechtsstreit über den Klageantrag hinaus erfasst habe, ist dies im vorliegenden Fall eine Erledigungsgebühr nicht aus. Die Beklagte hat den zuerkannten Rentenanspruch in ihrem Anerkenntnis lediglich konkretisiert und eine einseitige Erklärung abgegeben, die die Klägerin ihrerseits einseitig angenommen hat. Dies ist eine Erledigungsgebühr nicht aus (vgl. allg.: LSG NRW, Beschluss vom 25.03.2013, [L 7 AS 1391/12 B](#)). Der vom Klägerbevollmächtigten dargestellte möglicherweise überdurchschnittliche Aufwand für die Betreibung des Verfahrens hat sich nicht im Ansatz einer Erledigungs-/Einigungsgebühr niederschlagen, sondern bei der Bemessung der Höhe der Verfahrensgebühr festgesetzt worden.

Die Entscheidung ist gem. [§ 197 Abs. 2 SGG](#) endgültig.

Erstellt am: 04.12.2019

Zuletzt verändert am: 23.12.2024